



AUSSENSICHT

Josef Christian Aigner hinterfragt kritisch die monopolartige Stellung der Psychotherapie.

Psychotherapie ist nicht alles

Zum Streit über die Psychotherapieregelung fallen mir – selbst Psychotherapeut – zwei Sachen ein: Einmal, wie gesundheitspolitisch verantwortungslos bis heute mit seelischem Leid umgegangen wird: Bis auf einzelne Länder-Modelle bekommen die Hilfesuchenden nach wie vor nur 28 Euro Zuschuss (1990 bei Einführung des Psychotherapiegesetzes waren es 21,80). Das hat zur Folge, dass sich ganz viele Menschen bei den heutigen Stundenhonoraren eine Therapie einfach nicht leisten können. Freud hatte schon vor 100 Jahren ein Recht auf psychische Hilfe – „ebenso wie auf lebensrettende chirurgische“ – gefordert. So rückschrittlich ist unser Gesundheitswesen!

Andererseits sollte nicht immer nur auf PsychologInnen und PsychotherapeutInnen gesetzt werden. Nicht jede Krise – auch nicht nach Corona – ist eine „krankheitswertige Störung“, die eigentlich erst zur Inanspruchnahme von Kassentherapien berechtigt. Unsere Gesellschaft bringt jede Menge von Umbrüchen, Orientierungsproblemen und Lebenskrisen hervor, die keine psychischen Krankheiten sind. Eine Psychotherapie ist dann genau genommen fehlindiziert! Ja, der alleinige Ruf danach und nach psychiatrischen Betten trägt zudem auch zur individuellen Pathologisierung gesellschaftlicher Probleme bei.

Dagegen gibt es für derartige Probleme in Österreich einen Berufsstand, der gerade dabei ist, sich neuerlich zu professionalisieren: die Lebens- und SozialberaterInnen (LSB). Sie fallen ebenso wie die bei ihnen Hilfesuchenden völlig um jede Förderung um. Das ist ein sachlich, sozialpolitisch und versorgungstechnisch nicht zu rechtfertigendes Unrecht! Der Wiener Philosoph Alfred Pfabigan hat kürzlich auch darauf hingewiesen, wie hilfreich Beratung in einer „Philosophischen Praxis“ in manchen Fällen sein kann. Auch das wird im Unterschied zu anderen Ländern bei uns völlig ignoriert. Es gäbe also für die Gesundheitspolitik ein weites, wohl auch kostengünstigeres Feld, das bestellt werden müsste.

Josef Christian Aigner ist Psychologe, Pädagoge und Psychotherapeut und war Univ. Prof. in Innsbruck.

Covid-Folgen. Wie soll man dem Anstieg von psychischen Problemen begegnen? Etwa mit der Aufwertung psychologischer Beratung.

Hilft da nur die Psychotherapie?

VON JOSEF CHRISTIAN AIGNER UND BERNHARD MORITZ

Wolfgang Mückstein hat vor seinem Rücktritt als Gesundheitsminister noch 13 Mio. Euro zur Stärkung der Hilfsangebote gegen psychische Covid-Folgen vor allem bei jungen Menschen angekündigt. Damit sollen u. a. der Bundesverband für Psychotherapie und der Verband Österreichischer PsychologInnen gestärkt und „mehr Betten“ in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ermöglicht werden.

Zugleich bietet etwa der Philosoph Alfred Pfabigan Beratungen in seiner Philosophischen Praxis an und signalisiert damit, dass es in diesen Fällen auch Alternativen zu einer therapeutischen Behandlung gibt. Nicht vergessen werden darf nämlich, dass eine Psychotherapie laut Gesetz eine „krankheitswertige Störung“ voraussetzt, was bei Covid-Folgen oft nicht der Fall ist (außer beim Auftauchen psychischer Probleme, die latent schon da waren). Nicht jede aus lebensgeschichtlichen oder gesellschaftlichen Umbrüchen resultierende Krise ist also eine krankheitswertige Störung. Zudem bedeutet die „Psychotherapeutisierung“ (oder erst recht die „Psychiatisierung“) all dieser Probleme immer auch ein Stück individueller Pathologisierung gesellschaftlicher Krisen und Umbrüche.

Sicher besteht kein Zweifel, dass es ein Recht auf psychotherapeutische Hilfe „ebenso wie auf lebensrettende chirurgische“ braucht, wie es Freud schon vor rund 100 Jahren forderte, und dass es davon zu wenig gibt: Die Österreichische Gesundheitskasse etwa zahlt in der Regel bis heute pro Stunde nur 28 Euro Zuschuss (1990 bei Einführung des Psychotherapiegesetzes waren es 21,80 Euro). Bei 90 Euro oder mehr Honorar können sich das viele Menschen nicht leisten.

Zugleich fristen nicht psychotherapeutische Hilfsangebote nach wie vor ein Randdasein, etwa die Lebens- und Sozialberatung (LSB), wozu die Ausbildung in Österreich demnächst noch

professionalisiert wird. Diese Art Beratung wäre in vielen Fällen auch die geeignetere Antwort auf solche Krisen: Sie macht Mut, eröffnet neue Perspektiven und Ressourcen und verstärkt die soziale Integration. Wer diese Dienste beansprucht, bekommt bislang nicht einmal den läppischen Psychotherapie-Zuschuss!

Dies ist eine sachlich völlig unverständliche Diskriminierung nicht nur eines Berufsstandes, sondern auch jener Ratsuchenden, die mit Krisen nicht allein zurechtkommen – was bei vielen der coronabedingten Probleme zutrifft.

Auch der Ruf nach „mehr psychiatrischen Betten“ (was soll ein nicht kranker Jugendlicher im Bett?) greift hier – wenngleich es generell zu wenig klinische Plätze für Kinder und Jugendliche gibt – zu kurz. Stattdessen wären auch andere begleitend zur Seite stehende, womöglich sogar billigere Maßnahmen zu fördern (z. B. nicht psychiatrische Formen des Zusammenlebens, Wohngruppen usw.).

Psychologisch-psychotherapeutische Behandlung ist keine psychosoziale „Königsdisziplin“, wenn sie nicht indiziert ist. Die geplante Neuordnung der Ausbildung in psychosozialer Beratung soll wissenschaftsbasiert und berufspraktisch sein und in eine internationalen Standards entsprechende staatliche Befähigungsprüfung münden, wie sie in anderen Gesundheitsberufen schon lang besteht.

Mit dieser Aufwertung entsteht auch ein transparenter Qualitätsanspruch, der diese Beratungstätigkeit als professionelles Berufsfeld stärkt. Anbieter wie Ratsuchende sollten deshalb analog zum psychotherapeutischen Bereich endlich eine gesundheitspolitisch gerechte Förderung erhalten – auch und gerade angesichts der Corona-Folgen.

Univ.-Prof. Dr. Josef Christian Aigner
Psychoanalytiker, Psychotherapeut,
Innsbruck; Bernhard Moritz, MSc
Paar- und Sexualtherapeut,
Fachgruppenobmann WK Tirol, Telfs.

E-Mails an: debatte@diepresse.com

Die Presse
06. April 22